

Unruhen in Xinjiang: Anzeichen für gravierende Probleme in Chinas „harmonischer Gesellschaft“

Nadine Godehardt

Die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen der uighurischen Minderheit und der Han-Bevölkerung vom 5. Juli 2009 stellen die schwersten Krawalle im autonomen Gebiet Xinjiang seit dem Jahr 1949 dar.

Analyse:

Der Aufstand von Uighuren in Xinjiang hat für einige Wochen die internationale Berichterstattung beherrscht und daran erinnert, dass Xinjiang für die chinesische Regierung ein ähnlicher Brennpunkt ist wie Tibet oder Taiwan. Pekings Entwicklungs- und Minderheitenpolitik konnte die Spannungen zwischen Uighuren und Han-Chinesen nicht verringern. Hu Jintaos verfrühte Abreise vom G8-Gipfel unterstreicht zudem die hohe strategische Bedeutung Xinjiangs sowohl für die chinesische Zentralasien- als auch Innenpolitik.

- Ziel der Proteste vom 5. Juli war, auf die schwierige Situation der Uighuren innerhalb der chinesischen Gesellschaft aufmerksam zu machen. Dabei ist Xinjiang ein Spezialfall, weil das wirtschaftliche mit einem ethnischen Ungleichgewicht zusammenfällt.
- Die chinesische Regierung betrachtet Aktivitäten der Uighuren meistens im Zusammenhang mit den sogenannten „drei Übeln“ (Terrorismus, Separatismus und Fundamentalismus), was das hohe Aufgebot an Polizei und paramilitärischen Einheiten in Urumqi erklärt. Allerdings werden die vielschichtigen Probleme in Xinjiang von chinesischer Seite so auf einen bestimmten Problemkomplex reduziert, was eine Lösung der Xinjiang-Frage langfristig erschwert.
- Ein instabiles Xinjiang hat aus chinesischer Perspektive direkte Auswirkungen auf die regionale Stabilität Zentralasiens. Die im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) stattfindenden militärischen Übungen, die sogenannten „Friedensmissionen“, stellen eine scharfe Antwort Chinas auf die Herausforderung der „drei Übel“ dar und verdeutlichen die Prioritäten der chinesischen Politik in Zentralasien.

Schlagwörter: China, Uighuren, Xinjiang, Minderheitenpolitik

1. Einleitung

Bei den Unruhen in Xinjiang Anfang Juli sind nach offiziellen chinesischen Angaben 197 Menschen umgekommen und mehr als 1.600 Menschen verletzt worden. Die Krawalle in Urumqi waren die schwersten Auseinandersetzungen seit der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949. Die Intensität der Proteste sowie der offene Hass zwischen Uiguren und Han-Chinesen haben die chinesischen Behörden überrascht. Rebiya Kadeer, Präsidentin des World Uyghur Congress (WUC), betont, dass nach sechs Jahrzehnten der Unterdrückung chinesische Beamte davon überzeugt schienen, die Kontrolle über Xinjiang zu besitzen, und es habe sie regelrecht schockiert, wie schnell sie die Kontrolle wieder verlieren können.¹

Der **World Uyghur Council (WUC)** wurde am 16. April 2004 in München gegründet und stellt einen Zusammenschluss des East Turkestan National Congress und des World Uyghur Youth Congress dar. Im Mai 2009 wurde **Rebiya Kadeer** auf der dritten Generalversammlung des WUC als Präsidentin wiedergewählt. Rebiya Kadeer ist die Anführerin der uighurischen Menschenrechts- und Demokratiebewegung. Seit dem Jahr 2005 lebt sie in den USA im Exil, nachdem sie sechs Jahre in chinesischer Haft verbrachte für „Verbreitung von Staatsgeheimnissen“.

Die Demonstrationen, die in Straßenkämpfe übergingen, schienen zunächst vor allem auf die schwierige Lage der Uiguren innerhalb der chinesischen Gesellschaft aufmerksam machen zu wollen und dies insbesondere als Reaktion auf Ausschreitungen in einer Spielzeugfabrik in der Provinz Guangdong. Die chinesische Führung dagegen ging davon aus, dass die Proteste in Urumqi im Rahmen der „drei Übel“ (Fundamentalismus, Separatismus und Terrorismus) vorsätzlich geplant worden waren. Darüber hinaus wurde Rebiya Kadeer als

Hauptverantwortliche für die Ausschreitungen in Urumqi identifiziert.

Auch wenn die öffentliche Ordnung in Urumqi mit Hilfe eines Großaufgebotes an Polizeikräften und paramilitärischen Einheiten wieder hergestellt worden ist, bleibt die Frage: was nun? Welche Optionen hat die Pekinger Führung bezüglich Xinjiang und welche Lehren können aus diesen Vorfällen gezogen werden? Darüber hinaus ist der regionale Kontext der Xinjiang-Frage nicht zu vergessen: nur wenige Wochen nach den Ausschreitungen in Urumqi hat die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) eine fünftägige Antiterrorismusübung, die sogenannte Friedensmission 2009, abgehalten. Zwar war diese Militärübung schon seit mehreren Monaten geplant, aber die chinesische Militärführung betonte die Bedeutung des Kampfes gegen die „drei Übel“, und zwar besonders aufgrund der jüngsten Ereignisse in Xinjiang. So werfen die Ausschreitungen in Urumqi auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Pekings Xinjiang-Politik und dem Engagement in Zentralasien auf.

2. Hintergrund der Proteste

Der Auslöser für die gewaltsamen Proteste in Urumqi war ein Überfall auf uighurische Arbeiter in einer Spielzeugfabrik in der südchinesischen Provinz Guangdong in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni. Offiziellen Angaben zufolge sind bei den Auseinandersetzungen zwei Uiguren umgekommen und weitere 118 verletzt worden. Der Schlägerei vorausgegangen war das Gerücht, dass mehrere Uiguren chinesische Arbeiterinnen sexuell belästigt haben sollen. Dieses Gerücht wurde von einem ehemaligen Mitarbeiter in die Welt gesetzt, nachdem er erfolglos versucht hatte, wieder in der Fabrik anzuheuern. Die Behörden in Guangdong konnten jedoch keine Beweise dafür finden, dass uighurische Fabrikarbeiter tatsächlich zwei Chinesinnen vergewaltigt hatten.

Für die darauffolgenden Ereignisse in Urumqi sind an dieser Stelle zwei Aspekte von Bedeutung:

¹ Rebiya Kadeer zitiert nach Hugo Restall (2009).

1. Die exiluighurischen Gruppierungen verurteilten die Vorfälle in Guangdong nicht nur aufs Schärfste.² Erklärt wurde auch, die Vorfälle verstärkten ihre Sorge, dass die chinesische Regierung nicht in der Lage sei, uighurische Arbeiter vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen. Rebiya Kadeer forderte zudem, dass die Täter von Shaoguan nach chinesischem Recht verurteilt werden sollten. Gleichzeitig zweifelte sie aufgrund der fehlenden Transparenz in China jedoch daran, dass man jemals erfahren werde, was sich in Guangdong tatsächlich abgespielt habe.
2. Die chinesischen Behörden konnten nicht unterbinden, dass Videos der Schlägerei über das Internet auch in Xinjiang verfügbar waren. Die Videos zeigten das ganze Ausmaß der Brutalität; so wurde z.B. auf am Boden liegende Personen noch weiter eingeschlagen.³ Die Bilder in Verbindung mit der Tatsache, dass die Behörden in Guangdong – trotz der Videobeweise – keine Maßnahmen einleiteten, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, unterstreichen aus uighurischer Sicht nochmals die Benachteiligung ihrer Landsleute in ganz China.

Dass gerade der Vorfall in Shaoguan zum Ausgangspunkt für die Proteste im mehrere tausend Kilometer entfernt liegenden Urumqi wurde, trifft die sogenannte „Transferpolitik“ der chinesischen Behörden im Kern. Denn die Überführung von Wanderarbeitern aus Xinjiang in die südchinesischen Provinzen sollte den Mangel an Arbeitskräften in Süchina ausgleichen sowie der angespannten Arbeitsmarktsituation im Süden Xinjiangs entgegenwirken.⁴ Laut China Labor Watch (CLW) hat die Umsiedlung der Arbeiter aus Xinjiang jedoch eine Reihe von Schwierigkeiten zwischen Uighuren und Han-Chinesen hervorgerufen. So erschweren die verschiedenen Lebensstile, der unterschiedliche kulturelle Hintergrund sowie vor allem die Sprachbarriere das Zusammenleben der Arbeiter. Darüber hinaus fühlen sich uighurische Arbeiter gegenüber den Han-Chinesen benachteiligt. Allerdings ist fraglich, ob es tatsächlich einen Unterschied der Arbeitsbedingungen

zwischen Han-Chinesen und Uighuren gibt, da die Arbeitsbedingungen in den südchinesischen Fabriken allgemein sehr schlecht sind. Die Ausschreitungen in Shaoguan haben somit die unterschwellig vorhandenen Vorbehalte zwischen Han-Chinesen und Uighuren offengelegt und sind von uighurischer Seite als Anlass für die zunächst friedlichen Demonstrationen in Urumqi benannt worden.

Dass zwischen den Vorfällen in Shaoguan und Urumqi allerdings noch weitere zehn Tage lagen, kann auch ein Hinweis darauf sein, dass Ort und Zeit der Demonstrationen von uighurischer Seite bewusst gewählt wurden. Allerdings ist über die Drahtzieher der Demonstrationen bis heute wenig bekannt, obwohl die chinesischen Sicherheitskräfte bereits 718 Verdächtige aufgrund ihrer Beteiligung an den Protesten verhaftet haben.⁵ In der *China Daily* vom 31. Juli wurden zudem Bilder von 15 Hauptverdächtigen veröffentlicht (Cui Jia 2009). Ende August haben darüber hinaus die Prozesse gegen mehr als 200 Verdächtige begonnen. Diese Prozesse finden in Urumqi statt und die Anklagen reichen von Vandalismus bis hin zu Mord [Stand: 23. August 2009]. All dies bekräftigt die Vermutung, dass die Demonstrationen vor Ort organisiert wurden und nicht, wie von der chinesischen Regierung behauptet, von den „drei Übeln“ im Ausland, d.h. den exiluighurischen Gruppierungen wie dem WUC und allen voran Rebiya Kadeer, vorsätzlich geplant wurden.

3. Kernpunkte der Xinjiang-Problematik

Die Demonstrationen begannen zunächst friedlich am späten Nachmittag des 5. Juli 2009 im Stadtzentrum von Urumqi und gingen innerhalb weniger Stunden in offene Straßenkämpfe zwischen Uighuren, Han-Chinesen und Polizisten über (Restall 2009). Ob die Demonstranten tatsächlich zuerst von Polizisten provoziert oder sogar angegriffen wurden, lässt sich kaum mehr nachprüfen. Unstrittig ist jedoch, dass Uighuren Geschäfte demoliert, Fahrzeuge in Brand gesetzt und Han-Chinesen angegriffen haben.

² WUC Pressemitteilung am 29.06.2009.

³ Ein Beispiel unter Uyghur Human Rights Project, <www.uhrp.org>, am 29.06.2009.

⁴ Siehe China Labor Watch am 06.07.2009, <www.chinalaborwatch.org/20090706_uyghur.htm> (Aufruf 12.08.2009).

⁵ Angaben über die genaue Zahl der Festnahmen sind sehr widersprüchlich. Bereits während der Ausschreitungen sollen mehr als 1.400 Verdächtige inhaftiert worden sein. Es ist nicht bekannt, ob diese schon wieder entlassen worden sind.

Dass dabei ausgerechnet Urumqi zum Pulverfass wurde, stellt ebenfalls eine Besonderheit dieser Proteste dar. Denn innerhalb der Provinz Xinjiang gilt vor allem der Westen bzw. der Süden als instabil. Dort kam es in den 1990er Jahren immer wieder zu terroristischen Anschlägen und gewaltsamen Protesten wie im Jahr 1990 in Baren oder 1997 in Yining.⁶ In diesen Regionen sind Uighuren in der Mehrheit. In Urumqi dagegen leben hauptsächlich Han-Chinesen, nur noch 12 Prozent der Stadtbevölkerung gehören der uighurischen Minderheit an. Allerdings sind die Auswirkungen der chinesischen Politik nirgendwo so sichtbar wie in Urumqi, wo von Chinesen gebaute Schnellstraßen und Hochhäuser sowie chinesische Geschäfte das Stadtbild prägen.

Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Vorfälle in Urumqi seitens des WUC und der chinesischen Behörden veranschaulichen, wie verfestigt die Positionen beider Seiten bereits sind. In der Pressemitteilung des WUC vom 7. Juli 2009 heißt es, dass die friedlichen Demonstranten bereits von paramilitärischen Einheiten der chinesischen Polizei erwartet wurden und die Straßenschlachten erst dann ausbrachen, als die Polizisten begannen, auf die uighurischen Demonstranten zu schießen. Eine Behauptung, die von chinesischer Seite zurückgewiesen wurde. Außerdem werden die Demonstrationen in Urumqi vor allem als Ausdruck des Unmutes über die Vorfälle in Guangdong angesehen. Kritisch hinterfragt wird vor allem, warum die Polizei mehrere Stunden benötigte, um zur Spielzeugfabrik zu gelangen. Abschließend wird die aggressive Umsiedlungspolitik der chinesischen Regierung beanstandet sowie auf das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Uighuren und Han-Chinesen in Xinjiang aufmerksam gemacht.

Diese letzten beiden Punkte sind entscheidend für das Verständnis der Xinjiang-Problematik. Im Jahr 1949 lag der Anteil der uighurischen Bevölkerung in Xinjiang noch bei 80 Prozent, und nur etwa 6 Prozent der Bevölkerung waren Han-Chinesen. Mittlerweile sind etwa 40 Prozent Han-Chinesen und der Anteil der Uighuren macht nur noch 47 Prozent der Bevölkerung Xinjiangs aus. Diese demografischen Verschiebungen werden durch ein

ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle verstärkt. Der Großteil der uighurischen Bevölkerung lebt auf dem Land und nicht in den Städten, die stärker von Han-Chinesen besiedelt sind.⁷

Obwohl Chinas Entwicklungsstrategie in den letzten zwei Jahrzehnten überaus erfolgreich war, hat der neue Reichtum Chinas auch zu einer Reihe sozio-ökonomischer Probleme geführt. Li Mingjiang (2009) betont in diesem Sinne vor allem den Unterschied zwischen Stadt- und Landbevölkerung, steigende Einkommensunterschiede, die unzureichende Sozialversorgung, die Korruption sowie Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft auf lokaler Ebene. Dies sind Probleme, die ganz China betreffen und auch in anderen chinesischen Provinzen zu Protesten geführt haben. Doch im Falle Xinjiangs fällt das wirtschaftliche mit einem ethnischen Ungleichgewicht zusammen und verstärkt die ohnehin schon vorhandenen Spannungen zwischen Uighuren und Han-Chinesen zusätzlich.

Die Reaktion der chinesischen Führung auf die Proteste in Urumqi weist zudem auf einen dritten Aspekt hin, der die Xinjiang-Problematik nachhaltig charakterisiert. Laut dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei Xinjiangs, Wang Lequan, sind die Ausschreitungen vorsätzlich von den „drei Übeln“ Terrorismus, Separatismus und Fundamentalismus geplant worden (Yin Pumin 2009). Bereits wenige Tage nach den Vorfällen konnte die Polizei angeblich Beweise vorlegen, die Rebiya Kadeers Beteiligung an den Ausschreitungen belegen sollen. Laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua konnten Telefonate zurückverfolgt werden, in denen Rebiya Kadeer Andeutungen darüber gemacht haben soll, dass „etwas passieren wird in Xinjiang“ (Xinhua, 07.07.2009). Ob dies tatsächlich die Beteiligung des WUC unter der Führung Kadeers beweist, ist fraglich, aber es verdeutlicht zumindest, dass die Aktivitäten der Uighuren in Xinjiang sowie der uighurischen Exilgruppen meist im Zusammenhang mit der Bekämpfung der sogenannten „drei Übel“ betrachtet werden.

Dabei erscheint der „Schirm“ der „drei Übel“ wie eine Allzweckwaffe der chinesischen Führung, die nicht nur alle Maßnahmen rechtfertigt, sondern auch die vielschichtigen Probleme in Xinjiang auf einen Problemkomplex redu-

⁶ Die Bedrohung durch uighurische Anschläge in den 1990er Jahren war durchaus real, hat aber seit dem Jahr 2001 deutlich abgenommen – im Gegensatz zur chinesischen Rhetorik.

⁷ Ausnahme: die Stadt Kashgar.

ziert. Dabei wird kein Unterschied zwischen den Uiguren gemacht, die innerhalb der chinesischen Gesellschaft leben wollen und dabei auf strukturelle Ungerechtigkeiten treffen und den Uiguren, die tatsächlich radikalen Gruppierungen angehören. Die chinesische Führung fürchtet vor allem, dass separatistische Forderungen der Uiguren für ein unabhängiges „Ost-Turkestan“ oder terroristische Aktivitäten in Xinjiang von muslimischen Extremisten in Zentralasien unterstützt werden. So entsteht auf chinesischer Seite ein Generalverdacht gegenüber jeglichen Aktivitäten der in Xinjiang lebenden Uiguren.

Die Proteste vom 5. Juli haben dagegen hauptsächlich den Frust der jungen Uiguren verdeutlicht, die schlechte Aufstiegsmöglichkeiten in einer chinesischen Gesellschaft sehen und sich dazu noch grundsätzlich ungerecht behandelt fühlen. Das kann langfristig nicht im Interesse Pekings sein, denn Stabilität in Xinjiang ist nur mit den Uiguren möglich. Doch inwiefern die Pekinger Führung ihre Politik zugunsten der Uiguren tatsächlich modifizieren kann, ohne dabei gleichzeitig ihren Rückhalt innerhalb der Han-Bevölkerung zu gefährden, ist fraglich. Denn nur zwei Tage nach den Protesten vom 5. Juli zogen Han-Chinesen bewaffnet mit allem, was sie finden konnten, durch die Straßen Urumqis, um diejenigen Han-Chinesen zu rächen, die während der Proteste umgekommen waren (Wong 2009a). Dabei konnten paramilitärische Einheiten schlimmere Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen verhindern. Viele Han-Chinesen vertreten die Ansicht, dass die Uiguren ähnlich wie die anderen 55 Minderheiten in China aufgrund der offiziellen Minderheitenpolitik schon ausreichend bevorzugt werden (Wong 2009b). Schließlich müssen Uiguren für ein zweites Kind kein Bußgeld zahlen, und uighurische Studenten erhalten bei der Universitätsaufnahmeprüfung Extrapunkte. Die Reaktionen der Han-Bevölkerung auf die Proteste der Uiguren unterstreichen daher, dass Pekings Spielraum in dieser Frage nicht sehr groß ist. Dies zeigt auch, dass eine Änderung der Minderheitenpolitik in Xinjiang immer auch die Perspektive der in Xinjiang lebenden Han-Chinesen widerspiegeln muss.

4. China, Xinjiang und Zentralasien

Aufgrund der Unruhen in Urumqi entschied sich Hu Jintao gegen eine Teilnahme am G8-Gipfel vom 8. bis 10. Juli. Seine verfrühte Abreise zeigt, welche hohe strategische Bedeutung die Stabilität in Xinjiang besitzt. Denn Xinjiang und vor allem die uighurische Minderheit verbindet China direkt mit Zentralasien. So lebt nicht nur eine uighurische Diaspora in Kasachstan (ca. 350.000), Kirgistan und Usbekistan (jeweils 50.000), sondern kasachische, kirgisische, usbekische sowie tadschikische Gemeinden leben auch in China und werden offiziell als vier der 55 Minderheiten anerkannt.

Diese Verbindung zu den zentralasiatischen Nachbarrepubliken erleichtert Peking einerseits den Zugang zur Region, andererseits erhöht dies aber auch die Sicherheitsrisiken in einer ohnehin schon schwierigen Region. Insbesondere die Unterstützung terroristischer und separatistischer Aktivitäten in Xinjiang durch Exilugure in Zentralasien stellt eine der größten Sorgen Pekings dar. Der Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Fundamentalismus besitzt somit nicht nur eine innenpolitische Dimension, sondern ist in einen größeren regionalen Kontext eingebettet. Aus chinesischer Perspektive stellt ein stabiles Xinjiang folglich eine notwendige Bedingung für die regionale Stabilität Zentralasiens dar. Ohne Stabilität in Xinjiang kann Peking seine Handels- und energiepolitischen Interessen in Zentralasien nur eingeschränkt weiterverfolgen.

Insbesondere Pekings Energiepolitik macht Xinjiangs strategische Bedeutung deutlich. Einerseits begründet die erste direkte Ölpipeline zwischen Atasu (Kasachstan) und Alashankou (Xinjiang) die exponierte Stellung der Provinz, darüber hinaus deutet die Pipeline-Politik der chinesischen Regierung auch auf Xinjiangs mögliche Rolle als Transitregion hin. So könnte Chinas Osten zukünftig mit Erdöl und Erdgas aus Russland, Zentralasien, aber auch aus dem Mittleren Osten (Iran) versorgt werden, ohne auf Transitwege zurückgreifen zu müssen, die von den USA kontrolliert werden. Xinjiang ist davon heute zwar noch weit entfernt, aber allein die Idee unterstreicht, warum der Kampf ge-

gen nicht traditionelle Sicherheitsrisiken eine so wichtige Rolle in Chinas Zentralasienstrategie einnimmt.

Dabei nutzt die chinesische Regierung vor allem den Rahmen der SOZ, um die „drei Übel“ auch in einem regionalen Kontext erfolgreich zu bekämpfen. Ein Beispiel für das chinesische Engagement stellt die kürzlich abgehaltene Antiterrorismusübung, die sogenannte „Friedensmission 2009“, dar. Die insgesamt dritte militärische Übung der SOZ nach 2005 und 2007 fand vom 22. bis 26. Juli 2009 in der russischen Stadt Khabarovsk sowie in der nordöstlichen chinesischen Provinz Jilin statt. Im Gegensatz zum Jahr 2007, als etwa 10.000 Soldaten aus allen SOZ-Mitgliedsstaaten – nur Usbekistan sandte keine Truppen, dafür aber militärische Beobachter – an der Übung teilnahmen, waren dieses Mal hauptsächlich chinesische und russische Truppen (mit jeweils ca. 1.300 Soldaten) beteiligt.⁸ Kern der diesjährigen Übung war ein Manöver, bei dem versucht wurde, Terroristen einzukreisen und zurückzudrängen. Obwohl diese Militärübung bereits seit mehreren Monaten von chinesischer Seite geplant wurde und so keine direkte Verbindung zu den Vorfällen in Xinjiang bestehen konnte, betonte die chinesische Militärführung, dass die Ereignisse in Urumqi die Notwendigkeit des Antiterrorismuskampfes nochmals bekräftigen (Xinhua, 24.07.2009).

Die SOZ erfüllt dabei die Funktion eines Forums, über das dieser Kampf organisiert und koordiniert wird, stellt aber kein klassisches Militärbündnis dar. Denn gerade aus chinesischer Perspektive geht es vor allem darum, die Fähigkeit zu erlangen, auf nicht traditionelle Sicherheitsrisiken in Zentralasien angemessen reagieren zu können. Diese umfassen aber sehr viel mehr als die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten, nämlich auch den illegalen Drogen- und Waffenhandel oder Migrationsfragen. Deshalb ist die chinesische Regierung auch zukünftig darauf angewiesen, die regionale Zusammenarbeit mit den SOZ-Mitgliedsstaaten in diesen Fragen weiter auszubauen.

5. Fazit

Stabilität in Xinjiang ist eine der größten Herausforderungen chinesischer Politik. Die Reaktionen auf die Ausschreitungen in Urumqi haben dies in aller Schärfe gezeigt. Peking sieht durch die Proteste vor allem seine Politik gegenüber den „drei Übeln“ bestätigt. Die „Friedensmission 2009“ unterstreicht zudem die regionale Dimension dieses Kampfes.

Dabei haben die Proteste grundlegende Probleme der chinesischen Gesellschaft aufgezeigt. Die sozioökonomischen Bedingungen sind nicht nur für Uiguren schwierig. Viele junge Han-Chinesen haben mit ähnlich schwierigen Bedingungen zu kämpfen. Doch aus Sicht der Uiguren ist es für sie innerhalb der chinesischen Gesellschaft *noch* schwieriger. Deshalb können die Probleme in Xinjiang nicht länger auf den Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Fundamentalismus reduziert werden. Die chinesische Regierung muss sich Gedanken über eine erweiterte Integrationspolitik machen, die ein friedliches Zusammenleben zwischen Uiguren und Han-Chinesen dauerhaft ermöglicht. Denn eines haben die Proteste vom 5. Juli deutlich gemacht, ohne die Integration der Uiguren ist die Stabilität in Xinjiang langfristig nicht zu gewährleisten.

⁸ Die anderen Mitglieder – Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan – sowie das SOZ-Sekretariat sandten nur militärische Beobachter nach Jilin.

Literatur

- China Labor Watch (2009), *Labor Violations Exacerbate Ethnic Tensions in South China*, online: <www.chinalaborwatch.org/20090706uyghur.htm> (Aufruf 12.08.2009).
- Cui Jia (2009), *Trial for Riot Suspects Set for August*, online: <www.chinadaily.com.cn/china/2009-07/31/content_8495784.htm> (Aufruf 10.08.2009).
- Li Mingjiang (2009), Xinjiang Unrest: Catalysts for New Grand Vision for China, in: *RSIS Commentaries*, 72, online: <www.rsis.edu.sg/publications/Perspective/RSIS0722009.pdf> (Aufruf 09.08.2009).
- Restall, Hugo (2009), China's Public Enemy, in: *The Wall Street Journal*, online: <wsj.com/article/SB10001424052970204908604574334482235596544.html> (Aufruf 10.08.2009).
- Uyghur Human Rights Projekt (2009), online: <www.uhrp.org/articles/2353/1/UAA-condemns-killing-of-Uyghur-workers-at-Guangdong-factory-/index.html> (Aufruf 13.08.2009).
- Wong, Edward (2009a), Migrants Describe Grief From China's Strife, in: *New York Times*, 08.07.2009, online: <nytimes.com/2009/07/09/world/asia/09han.html?_r=3&ref=global-home> (Aufruf 13.08.2009).
- Wong, Edward (2009b), Clashes in China Shed Light on Ethnic Divide, in: *New York Times*, 07.07.2009, online: <www.nytimes.com/2009/07/08/world/asia/08china.html> (Aufruf 12.08.2009).
- WUC Pressemitteilung (2009), *UAA Condemns Killing of Uyghur Workers at Guangdong Factory*, 29.06.2009, online: <www.uyghurcongress.org/En/News.asp?ItemID=143775324> (Aufruf 14.08.2009).
- WUC Pressemitteilung (2009), *World Ughur Congress' Statement on July 5th Urumqi Incident*, 07.07.2009, online: <www.uyghurcongress.org/en/PressRelease.asp?ItemID=-1553700856&mid=1096144499> (Aufruf 10.08.2009).
- Xinhua (2009), Police Have Evidence of World Uyghur Congress Masterminding Xinjiang Riot, 07.07.2009, online: <http://news.xinhuanet.com/english/2009-07/07/content_11663784.htm> (Aufruf 08.08.2009).
- Xinhua.(2009), *"Peace Mission-2009" Improves Anti-terror Response: Chinese Military Officer*, 24.07.2009, online:<http://news.xinhuanet.com/english/2009-07/24/content_11765127.htm> (Aufruf 13.08.2009).
- Yin Pumin (2009), Unrest Mars Stability, in: *Beijing Review*, online: <www.bjreview.com/quotes/txt/2009-07/14/content_207242.htm> (Aufruf 10.08.2009).

■ Die Autorin

Nadine Godehardt M.A. ist Doktorandin am GIGA und wissenschaftliche Mitarbeiterin im *Regional Powers Network* (RPN).

E-Mail: <godehardt@giga-hamburg.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das *Regional Powers Network* (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten; es befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wird im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010).

Weitere Informationen unter: <www.giga-hamburg.de/rpn>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Godehardt, Nadine (2008), Gegensätze in Zentralasien: China und Russland ziehen nicht an einem Strang, *GIGA Focus Asien*, 11.

Godehardt, Nadine, Melanie Hanif und Ryoma Sakaeda (2009), Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien, *GIGA Focus Asien*, 1.

Hanif, Melanie (2009), Die regionale Dimension des Afghanistankonfliktes in Obamas „AfPak-Strategie“: Lessons Learned?, *GIGA Focus Global*, 7.

Scholvin, Sören (2009), Ein neues Great Game um Zentralasien?, *GIGA Focus Global*, 2.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Kerstin Labusga
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM